

Seele verzichtete sogar auf ein christliches Begräbnis, um den Kindern unnötige Schwierigkeiten zu ersparen. Der Mangel in der DDR hatte unzählige Erscheinungsformen, er bestimmte das alltägliche Leben, entwürdigte Menschen, hielt sie in Unmündigkeit und schränkte sie in ihren Lebenschancen ein. Viele hat es das Leben oder die Gesundheit gekostet. Der Mangel in der DDR wurde zum Selbstläufer. Wo es an so vielem fehlte, mußte es an immer neuen Punkten zu weiteren Mängelercheinungen kommen. Der Mangel in der DDR war systembedingt! Die sozialistische Gesellschaftsordnung und Planwirtschaft konnten die Gleichheit fast aller nur auf der Ebene des Mangel organisieren. Zu mehr hatte es in der DDR und auch in den anderen sozialistischen Staaten niemals gereicht.

An seinen Mangelkrankheiten ist der Sozialismus schließlich zugrundegegangen. Und an der Behebung der Folgen dieser sozialistischen Mangelkrankheiten werden wir noch lange Zeit zu tragen haben. Die Kosten dafür werden heute in Milliardenhöhe kalkuliert. Wenn die vielfältigen Erscheinungsformen des Mangels in der DDR, die auch die offenen und verdeckten Subventionen aus der Bundesrepublik allenfalls zu mindern vermochten, trotzdem nicht den ganzen Alltag der DDR ausmachten, dann hat das mit der Kraft der Menschen zu tun, die zwischen Selbstbehauptung und Anpassung zahlreiche Bewältigungsstrategien entwickelten. Sie ließen sich vom Mangel nicht überwältigen und jagten schließlich die davon, die in ihrer ideologischen Verblendung die alleinige Verantwortung für die Mangelgesellschaft in der DDR trugen und sich selber durch zahlreiche Privilegien ein angenehmeres Leben sicherten. Im Herbst 1989 gingen die Menschen auch deshalb auf die Straße, weil sie die von den SED-Machhabern organisierte Mangelgesellschaft endgültig satt hatten. Ich danke Ihnen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber Peter Maser. Wir kommen zum nächsten Referat. Dr. Lindenberger wurde 1955 in Heidelberg geboren, studierte von 1975 bis 1982 Geschichte und Philosophie in Berlin, promovierte 1992 und ist seit 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für zeithistorische Forschung in Potsdam. Seine aktuellen Arbeitsgebiete sind Politik und Sozialgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Polizeigeschichte und Alltagsgeschichte. Darum haben wir ihn eingeladen, und wir sind froh, daß er da ist. Wir begrüßen ihn herzlich und bitten ihn ums Wort.

Dr. Thomas Lindenberger: Vielen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte zunächst mit der kurzen Frage beginnen: Was bedeutet der von meinen Vorrednern festgestellte und auch positiv begrüßte Wechsel von einer traditionellen Politikgeschichte zu alltagsgeschichtlichen Betrachtungsweisen, wenn wir ihn konkret auf die DDR beziehen? Zunächst: Es genügt nicht, nach den Institutionen und Funktionären der Diktatur und ihres weitverzweigten Systems von Vasallen, Mitarbeitern, ob formell oder informell, zu fragen. Gleichrangig ist auch die Frage danach zu stellen, wie die in der DDR lebenden Menschen sich die von der SED oktroyierten Herrschaftsverhältnisse aneigneten, wie sie sie deuteten und wie sie sich ihnen gegenüber verhalten konnten und

wollten. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, nicht die Geschichte „der“ DDR, sondern auch die der in der DDR lebenden Menschen in den Mittelpunkt zu rücken. Dabei spielen in der Arbeit der historischen Rekonstruktion Erinnerungen und in den Erinnerungen aufgehobene Erfahrungen eine zentrale Rolle.

Zugleich heißt dies jedoch ein „Gelände“ der historischen Erkundung zu betreten, das mittlerweile mit Tretminen aller Art in Gestalt von Empfindlichkeiten, Vorurteilen und Vorbehalten nur so gepflastert scheint. Und dies nicht ohne Grund, denn wir leben im Jahr acht nach dem demokratischen Aufbruch von 1989, das auch das Jahr sieben des vereinigten Deutschlands und der marktwirtschaftlichen Umgestaltung Ostdeutschlands ist. Bei unseren heutigen Feldforschungen stoßen wir mehr denn je auf die Prägung der Erinnerungen an die DDR durch die Ereignisse der letzten Jahre. Das wirft mehrere Probleme, vor allem methodologischer Art auf, die ich hier nicht ausbreiten will. Je nach befragter Generation spielen Verlustserfahrungen nach 1989 in der Konstruktion und Darstellung der eigenen Lebensgeschichte eine andere Rolle. Gemeinsam ist ihnen jedoch die Tendenz zur nostalgischen Rückschau auf die Lebensverhältnisse in der DDR. Zur durch die SED als Ideal proklamierten Homogenisierung und Egalisierung von Lebensbedingungen kommt nun, so will es bisweilen scheinen, eine retrospektive Homogenisierung von erinnerter Erfahrung hinzu.

Es kann nun aber hier und heute nicht darum gehen, damalige „Realität“, so wie wir sie aus Dokumenten und anderen, gegenläufigen Erinnerungen rekonstruieren können, gegen diese heutige Befindlichkeit zu stellen, letztere sozusagen mit harten Fakten als bloßes Wunschenken zu entlarven. Das hieße in ähnlich bevormundender Weise, wie das früher kommunistische Heilsbringer mit ihrer Rede vom „falschen Bewußtsein“ gegenüber verstockten Arbeitern gemacht haben, einen einseitigen Wahrheitsvorsprung zu reklamieren.

Es versteht sich ferner von selbst, daß die Auswertung von narrativ-biographischen Interviews immer von der Strukturierung der Erzählung des Interviewpartners durch seinen gegenwärtigen lebensweltlichen Kontext ausgehen muß. Das gilt für jeden Zeitpunkt und jede Situation der Erhebung und ist jeweils angemessen zu berücksichtigen, ebenso wie der für derartige Forschungen generelle Vorbehalt, daß auf diese Weise nie im quantitativen Sinne „repräsentative“ Lebenserinnerungen erhoben werden können.

Dennoch erscheint es mir angesichts der zur Zeit besonders empfindlichen oder auch nostalgischen Stimmungslage, auf die wir bei Erhebungen zu Alltagserfahrungen in der DDR stoßen, lohnenswert, unsere Materialbasis ein wenig zu verbreitern. Die Erfahrungen der DDR-Bewohner sind ja glücklicherweise nicht erst seit jüngster Zeit Gegenstand des historischen Interesses. Schon in den Jahren vor ihrem unverhofften Ende und unmittelbar danach wurden erste Befragungen durchgeführt und Ergebnisse veröffentlicht. Ich schlage vor, für unseren heutigen Anlaß einige dieser Befunde, in denen der Alltag der DDR ungebrochener, ohne die Schockwirkungen der sich in die

Länge ziehenden marktwirtschaftlichen Umgestaltung aufscheint, einzubeziehen.

Versetzen wir uns kurz in das Jahr 1988 zurück, in unseren damaligen Stand des Unwissens oder Halbwissens, der Ahnungs- oder Perspektivlosigkeit, oder auch – aber dies wenn wir ehrlich sind vermutlich bei den wenigsten – optimistischer Vorahnungen, je nach Standort Ost oder West, oben oder unten, etc. Lutz Niethammer, einer der ganz wenigen, der schon vor der demokratischen Revolution von 1989 vergleichsweise unzensuriert Lebensgeschichten von DDR-Bewohnern erforschen konnte, faßte die Ergebnisse dieser Exkursion in ein ihm bis dahin fremdes Land unter anderem in folgendem Punkt zusammen: Nachdem er einen ökonomistisch definierten Wohlstandskonsens in der Aufbaugeneration der DDR anhand recht unterschiedlicher Lebensläufe herausgearbeitet hat, kommt er auf die Jugend zu sprechen: Das in den Alltag eingesickerte Denken und Sprechen in Kategorien von Plan, Prämien und Produktion – so Niethammers Beobachtung über die DDR – „ersticken Phantasie und Perspektive“, angesichts dieses Alltags „entfremdet sich das an sozialistischen Idealen und revolutionären oder antifaschistischen Heroen geschulte Wertebewußtsein der Jugend. Sie, die besser ausgebildet, höher spezialisiert und geringer motiviert ist als ihre Eltern und Großeltern“ bräuhete „eine experimentelle, reflexive und expressive Kultur und politische Spielräume, die nicht nur Spielwiesen sind.“ Und mit einem Seitenblick auf die eigene westdeutsche Gesellschaft fährt er fort: „Eine soziale und erfahrungsgeschichtliche Generationenkonstellation, wie sie als politischer Generationskonflikt v. a. im westdeutschen Bürgertum in den 60er Jahren auftrat, hat in der DDR nie bestanden.“

Dieser im Westen produktive und innovative Konflikt sei im Osten „eingefroren worden“ und verursache „zunehmend einen Entwicklungsstau des Systems“. Mit dem späten Abtreten der Aufbaugeneration werde – so prophezeite Niethammer damals, 1988, vorsichtig – „in der DDR eine Lücke im normbildenden Erfahrungstransfer“ auftreten, die nur überwunden werden könne, wenn in der DDR eine sich für die Verarbeitung der Erfahrungen und Werte der Folgegenerationen öffnende Kultur entwickeln werde. Da damit aber unter den gegebenen Verhältnissen – wir erinnern uns: das letzte Aufbäumen des Politbüros gegen das „Ankommen“ der Perestroika in der DDR – nicht zu rechnen sei, „wird man mit einer erheblichen Verminderung der gesellschaftlichen Kohäsion und Motivierbarkeit zu rechnen haben“.

Niethammers Beobachtung ist auch heute, im Jahr acht nach der 1989, aus mehreren Gründen bemerkenswert: Nicht nur als eine interessante und recht rare Fußnote in der Geschichte der Geschichtswissenschaft, indem einem Historiker eine zudem noch zutreffende Prognose gelang, denn was ist „erhebliche Verminderung der gesellschaftlichen Kohäsion“ in der Konsequenz anderes als die später im Nachhinein konstatierte „Impllosion der DDR“. Interessanter für uns heute ist der Weg, auf dem er zu dieser Aussage gelangte: Befunde über generationenspezifische Erfahrungen, über notwendig daraus zu schließende Distanzen und Entfremdungsprozesse zwischen Generationen in

der späten DDR. Daß die Weltgeschichte der DDR nicht die Zeit und Gelegenheit gelassen hat, dieses prekär gewordene Verhältnis zwischen den Generationen politisch und kulturell zum innovativen Konflikt auszugestalten, vielmehr die gemeinsame Flucht nach vorne in das geeinte Deutschland dieses offene Problem an den Rand drängte, setzt den Befund für sich genommen nicht außer Kraft. Er rechtfertigt vielmehr nach wie vor die Frage nach generationsspezifischen Erfahrungen in der DDR, und dies auf einer Ebene, die die verschiedenen politisch-sozialen Milieus und Subkulturen, die in der DDR trotz aller Gleichmacherei nebeneinander existierten, mit einer verbanden: Damit meine ich die Ebene der alltäglichen Lebensbewältigung, der individuellen Lebensentwürfe und der damit verbundenen Wertvorstellungen und Normen.

Alltag in der DDR war immer ein Alltag mit der Politik, in letzter Instanz mit der Politik der SED, aber auch mit den von dieser Politik abgeleiteten „Politiken“ der von ihr beherrschten Staatsapparate, Betriebe und Massenorganisationen. Biographische Forschungen haben verschiedenartige, ja durchaus gegensätzliche Varianten dieses Lebens mit der Allgegenwart politischer Herrschaft herausgearbeitet. Sie reichen von aktivem Mitmachen zahlreicher überzeugter Parteimitglieder über loyale Kooperation bei Aufrechterhaltung einer bestimmten Mindestdistanz, die sich zum Beispiel in der Nichtmitgliedschaften äußerte, bis hin zu strikten Abgrenzungen im Rahmen von Status-quo-Arrangements etwa im Verhältnis von in der Kirche aktiven Menschen zu „ihrem“ Staat. Eine ähnliche Variabilität läßt sich aber auch hinsichtlich des Ausmaßes und Unabdingbarkeit der geforderten aktiven Zustimmung für die SED-Herrschaft konstatieren: In sicherheitsrelevanten Bereichen und im Bildungsbereich ging es anders zu – oder sollte es zumindest anders zugehen – als etwa in der materiellen Produktion.

Die eindeutig persönliche Sphäre, also: Familienverband, Verwandtschaft, Ehepartner und Kinder, und die Sphäre der für die alltägliche Lebensführung entscheidenden sozialen Beziehungen waren durch diese Präsenz politischer Instanzen von vornherein stark geprägt, unabhängig von der Organisationszugehörigkeit. „Privates“ – im traditionellen „bürgerlichen“ Sinne – und „Öffentliches“ trennscharf zu bestimmen, fällt in vielen Lebensgeschichten schwer, auch wenn die Unterscheidung im Sinne zweier Gravitationszentren gesellschaftlicher und individueller Realität natürlich möglich und sinnvoll ist. Entscheidend für die Strukturierung von Alltagserfahrungen in der DDR ist nicht die Tatsache einer Grauzone zwischen diesen beiden Lebensbereichen – die es in der einen oder anderen Weise immer gibt –, sondern der schiere Umfang, die relative Breite dieser Grauzone und der Versuch der SED, diesen Bereich homogen im Rahmen eines geschlossenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Plans durchgängig zu gestalten.

Das läßt sich sinnfällig an Entscheidungen, die die individuelle Lebensführung und damit den Alltag verändern und neu ausrichten, veranschaulichen: Heiraten und Kinderkriegen standen in enger Wechselwirkung mit Wohnungsverga-

bepolitiken, Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft hing von den staatlicherseits zur Verfügung gestellten Kinderbetreuungseinrichtungen ab, Bildungsmöglichkeiten waren mit politisch kodierten Klassenzugehörigkeiten und Loyalitätsbeweisen geknüpft, die Teilhabe an anderen materiellen Errungenschaften wie Ferienplätzen, Eintragung in eine Warteliste für Autos etc. an die Mitgliedschaften in Massenorganisationen und so weiter. Der alltägliche Umgang mit den vom politischen Willen der SED und nicht nur den materiellen Möglichkeiten diktierten Konditionen für die Beschaffung und den Erwerb der Grundlagen für die eigene Lebensführung war eine Selbstverständlichkeit, eine Routine, das beinahe nicht erwähnenswerte Minimum.

Betrachtet man nun Lebenserinnerungen älterer DDR-Bürger, und damit meine ich diejenigen, deren Kindheitserinnerungen noch deutlich in die Zeit vor der DDR zurückreichen, so sticht zunächst ins Auge: Diese beanspruchte Zuständigkeit von Partei und Staat für alle Lebensbereiche stieß durchaus auf eine aus Kriegs- und Nachkriegszeit resultierende Erwartungshaltung, man könnte sagen, eine „Nachfrage“. Auch bei politischer und weltanschaulicher Distanz zum Regime wurde diese Zuständigkeit gerade in der Arbeiterschaft im allgemeinen akzeptiert. Ein akzentuierter, auch politisch-moralisch konnotierter Bruch mit zentralistischen Versorgungspolitiken wie 1948 in den Westzonen, fand nie statt, das System der Rationierung des alltäglichen Bedarfs wurde erst 1958 abgeschafft. In etlichen Biographien läßt sich diese in den Noterfahrungen der 40er Jahre angelegte Empfänglichkeit für Versorgung (statt Markt) nachzeichnen. Das machte diese Beziehung übrigens keinesfalls konfliktfrei und harmonisch, wie der 17. Juni 1953 gezeigt hat. Gerade der 17. Juni hat diese Art der Beziehung eher gefestigt, da nun die Versorgungserwartungen der Arbeiterschaft zu einem der wichtigsten, wenn dem wichtigsten innenpolitischen Handlungsparameter der SED-Führung wurden.

Insofern kann also von einer diese Beziehung begünstigenden Erwartungshaltung gesprochen werden, unabhängig davon, daß 1. die Annahme des Angebots mit Einschränkungen der persönlichen Freiheit verbunden waren, mit denen viele, wenn nicht die meisten nicht einverstanden waren, und 2. unabhängig davon, daß die herrschende Partei und das von ihr gesteuerte Staatswesen zu keinem Zeitpunkt dieser Nachfrage in vollem Umfang gerecht werden konnte. Vom Standpunkt der Organisierung und rationellen Verteilung materieller Güter hat sie sich dabei übernommen.

Aber – und dies ist für die Strukturierung und das Erleben von Alltag in der DDR entscheidend – das Herrschaftsprogramm der SED erschöpfte sich nicht in der zentralistischen Organisierung von Produktion und Verteilung materieller Güter; es beanspruchte wesentlich mehr: es ging auch um ideelle Güter, um Chancen und Möglichkeiten sozialer Sinnengewinnung. Die in den Alltag eingelagerten Beziehungen zwischen Bürger und Staat bestanden nicht nur in Kontrolle und Überwachung, und nicht nur in Planerfüllung und Versorgung, sondern vor allem auch in einem engmaschigen Netz der sogenannten „gesellschaftlichen Betätigung“: Gemeint ist damit das autoritär verfügte System lo-

kal begrenzter Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, die im sozialen Nahbereich das „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ als demokratische Substanz des Staatssozialismus verbürgen sollten. Die weit gespannte Angebotspalette dieser „ehrenamtlichen“ Tätigkeiten, sei es nun in Schiedskommissionen, als Vertrauensmann der Gewerkschaft, Helfer der Volkspolizei, Mitglied des Wohngebietsaktivs der Nationalen Front, der Hausgemeinschaft usw. und so fort aufzuzählen, würde den Rahmen des Vortrags sprengen.

Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang folgende Beobachtung: Es wird oftmals und zu recht von der DDR als einer „Erziehungsdiktatur“ gesprochen. Diese Feststellung bezieht sich auf zwei Sachverhalte: Zum einen darauf, daß diese Diktatur nicht nur mit den Mitteln der unmittelbaren Repression und Bestrafung gegen Kritik und Abweichung vorgegangen ist. Sie arbeitete auch mit allen ihr zur Gebote stehenden Mitteln der Überzeugung, unter der Voraussetzung, daß sich die Bürger dieser Überzeugungsarbeit nicht entziehen durften. Zum zweiten bezeichnet Erziehungsdiktatur den bevorzugten Modus dieser Überzeugungsarbeit: Aus der gesicherten Position des Mächtigeren heraus auf Grund eines angemessenen Kompetenzvorsprungs den vorgefundenen Bürger zum sozialistischen Menschen zu formen, vorzugsweise durch angebotene oder aufgeherrschte Lernprozesse. Die Unschuld und die Unmündigkeit von Kindern war demnach die erste Staatsbürgertugend der DDR, elterliche Allwissenheit, Güte aber auch Strenge, hingegen das habituelle Rüstzeug staatssozialistischer Regierungskunst.

Auch beim „Mitregieren“ ganz unten ging es ums Erziehen und Erzogen-Werden. Allgemeiner läßt sich die These aufstellen: Staat-Bürger-Interaktionen waren – in den Grenzen der politischen Programmatik und Herrschaftssicherung – durchtränkt von den überkommenen Normen konventioneller Familienstrukturen: Die Gemeinschaft von Vati, Mutti und den Kindern waren neben anderen unhinterfragbare Fixpunkte in diesem Sinn-Angebot. Ihre Regeln schrieben sich durch permanente Mimesis in die Staat-Bürger-Beziehungen ein, wurden zur zweiten Natur der SED-Herrschaft und feierten dann in der Honeckerschen „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ihre staatsmännische Apotheose: Mutter Partei und Vater Staat gaben ein streng-aber-gerechtes Elternpaar, das lieber Zuwendungen austeilte als strafte, aber prinzipienfest strafte, wenn es denn sein mußte. Der unmündige Bürger wollte demnach erzogen sein, wo er ging und stand, und je nach Temperament ließ er die entsprechenden Prozeduren mehr oder weniger aufgeweckt und empfänglich oder verstockt bis aufsässig über sich ergehen – auf die materiellen Vorteile und ideellen Gewinne, die aus der Allgegenwart dieser Bemühungen gezogen werden konnten, verzichteten die wenigsten.

Ältere DDR-Generationen waren von dieser den Alltag entscheidend mitgestaltenden Modalität politischer Herrschaftsausübung und damit Gestaltung „offizieller“ sozialer Beziehung in unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Weise geprägt und dennoch eigenartig miteinander verbunden. Um der Kürze der Zeit willen sei lediglich auf zwei kontrastierende Typen von Biographien verwie-

sen, von denen in der Forschung des öfteren berichtet wird. Auf der einen Seite begegnen wir Menschen, die der Krieg und die Nachkriegszeit in einem umfassenden Sinn zu Waisen gemacht haben: Übriggebliebene aus zerstörten oder geteilten Familien, darunter oftmals Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten, Menschen, in deren biographischer Konstruktion die auffordernde Zuwendung durch den DDR-Staat, die Aufstiegs- und Partizipationsangebote als Angebot einer Ersatzfamilie angenommen wurden. Die darin gewonnene Perspektive und Rollensicherheit wird dann in den persönlichen Bereich der eigenen, neuen Familie eingebracht, persönliche und nicht-persönliche Sphäre werden in einem ständigen Austausch und Interaktion gedacht und gelebt. Bei solchen Menschen treffen wir häufig auf prinzipielle Anhänglichkeit an die DDR, und zwar aus einem lebensgeschichtlich durchaus triftigen Grund, und übrigens durchaus vereinbar mit Kritik an konkreten Mißständen, vereinzelt Machtmißbrauch usw.

Auf der anderen Seite, am anderen extremen Ende der Skala gewissermaßen, sind Lebensgeschichten anzusiedeln, in denen der wechselseitige Integrationsprozeß, diese „cohabitation“ von Bürger und Staat nicht von einschneidenden Verlusten in der Biographie des Erzählers, sondern von deren Reichtum ausgeht: Durchaus gefördert von Staat und Partei, kann er sein erfolgreiches familienorientiertes Sozialverhalten, als Vater oder Mutter einer großen Familie etwa, eingebunden in verwandtschaftliche Netze der Gegenseitigkeit, festverwurzelt in seiner angestammten Heimat, ohne weiteres in den politisch definierten Nahbereich sozialer Beziehungen einbringen und investieren. Die Kompetenzen, die Verhaltenssicherheit der Väter und Mütter ist gefragt in den kleinen Kollektiven, wo man sich auch um die Schwächeren kümmern, Anleitungsmittel zeigen – sich aber nicht unbedingt als politisch „Hundertprozentiger“ aufführen muß. In derartigen Biographien fällt häufig eher die Betonung einer weltanschaulichen oder religiösen Distanz zur großen Sache bei gleichzeitiger Wahrnehmung der Möglichkeiten, im Nahbereich „Gutes tun“, auf. Diese Distanz schloß die Annahme der dafür angebotenen Prämierungen und Auszeichnungen als Zeichen sozialer Anerkennung durchaus ein.

Gemeinsam ist diesen hier zugegebenermaßen holzschnittartig aufgezeigten biographischen Typen die Zentralität familialer Handlungsmuster für die Gestaltung des sozialen Nahbereichs, für das Leben und Erleben dessen, was Alltag genannt werden kann. Für viele der älteren Generation war der eigene Weg aus der Nachkriegsmisere, der für alle in der einen oder anderen Weise über die Rekonstruktion persönlicher Bindungen und Beziehungen verlaufen mußte, aufs engste mit dem Aufstieg des DDR-Staates als zunächst mehr improvisierte, dann auf Dauer gestellte Erziehungsanstalt gekoppelt. Und zum Erfahrungsschatz dieser älteren Generationen gehört daher vor allem auch die Anerkennung der aus dieser Sphäre des Familiären herrührenden Wünsche und Bedürfnisse nach materiellem Wohlergehen durch die staatssozialistische Obrigkeit, auch wenn diese jene Wünsche nicht oder nur selten in vollem Umfang befriedigen konnte. Spätestens seit der Parole „Einholen ohne Überholen“ konnte familienzentriertes Wohlstandsstreben als „politisch korrekt“ gelten, da

es im kollektiven Kampf um Planerfüllung und Prämien fest verankert war und seinen legitimen Platz hatte.

Natürlich war dieses Arrangement, das hier idealtypisch beschrieben wurde, brüchig. Ja, es konnte sich erstmals überhaupt erst nach dem Mauerbau abgeschirmt von einer praktischen Option auf das ganze andere Leben, dem ungleich effektiveren Markt im Westen, ein Stück weit erfolgreich entfalten. Vor allem gilt es in diesem Zusammenhang aber auch auf Unterschiede innerhalb der DDR hinzuweisen: sowohl Unterschiede des sozialen Milieus in ihrer Nähe zur SED und zur traditionellen Arbeiterbewegung und deren Geselligkeitsformen, wie auch Unterschiede regionaler und struktureller Art, etwa wenn wir an die ländliche Gesellschaft, die Reste des privaten Handwerks oder die Künstler und Intellektuellen denken.

Des weiteren ist natürlich festzuhalten, daß dieses auf breite soziale Integration zielende Arrangement von staatlichem Erziehungswillen und untertägigen Partizipationsmöglichkeiten nicht funktionieren konnte ohne die Ausgrenzung derer, die aus den verschiedensten Gründen gegen seine implizite oder explizite Grundregeln verstießen. Das konnte die zu „Asozialen“ gestempelten Aussteiger und Karriereverweigerer ebenso betreffen wie idealistische Oppositionelle in der SED; insbesondere mit dem „Rowdy“ wurde jahrzehntelang ein Typ des renitenten Jugendlichen konstruiert und harschen Korrekturpraktiken unterworfen, der das Bild der erwünschten „freien“ deutschen Jugend um so glanzvoller erscheinen ließ. Doch noch als „schlechte Beispiele“ erbrachten diese Auszugrenzenden einen Nutzen für die familiäre Gemeinschaft von Partei, Staat und Volk, und selten wurden sie von den Obererziehern als Unverbesserliche endgültig 'aufgegeben', konkret: gegen hartes Geld in den West verfrachtet. In dieser hartnäckigen Praxis der autoritären Zuwendung, des Kämpfens um jede erreichbare Seele, liegt die tiefere Wahrheit des allseits bekannten Ausrufs von Erich Mielke in der Volkskammer: „Ich liebe doch alle Menschen!“

Den unterschiedlichen Milieus, Subkulturen und Regionen in der DDR war trotz dieser hier nur kurz angerissenen Differenzen eines gemeinsam: Gerade im alltäglich erfahrbaren Horizont des Betriebes, des Kreises, der eigenen Sozialbeziehungen war das DDR-Regime am ehesten in der Lage, sich gewissermaßen staatsbürgerliche Loyalitätsressourcen zu erschließen, auf die es in anderen, den Lebenszusammenhang des Einzelnen nur indirekt berührenden Zusammenhängen, bewußt verzichtete. Die Trennung zwischen einem nach oben abgeschlossenen, definitiv unzugänglichen Bereich der politischen Machtpositionen und dem Bereich, der eigener Einwirkung in berechenbarem Maße zugänglich war, galt wie ein ehernes Naturgesetz. Stellvertretend dafür sei ein ehemaliger LPG-Vorsitzender zitiert, der mir die politischen Gepflogenheiten in seinem Dorf so zu schildern versuchte: „Wenn wir auch zwar ne SED-Diktatur teilweise hatten, oder in – „ – und hier stockt seine Rede etwas, er grübelt kurz, und fährt fort – „schon hatten, wolln mal so sagen, dann muß ich aber sagen, hier in unserem Dorf hatten wer keine. Ich hatte meine Mei-

nung, der andre hatte seine Meinung, da hat jeder seine Meinung gesagt. Da hat keine Fraktion irgendwelche Vorrechte gehabt oder so. Wir ham versucht, alles im Interesse der Gemeinde zu machen, und dem ham wer uns alle untergeordnet.“ Zum Beweis für diese Behauptung führt er die der Kreis- und Bezirksleitung in den 80er Jahren erfolgreich abgetrotzten Bauprojekte an: die asphaltierte Dorfstraße, die neue Kinderkrippe, die Kegelbahn – alles auf eigene Faust unter juristisch riskanter Umwidmung von Gemeindeeinnahmen durchgeboxt, „im Interesse der Gemeinde.“

Diese politisch angelegte Begrenzung der sinnvoll beeinflussbaren Lebensumstände auf den Nahbereich begünstigte einen strikten Lokalismus, einen Parochialismus des Wir-Hier im Gegensatz zu denen da oben und anderswo. Seine Nachwirkungen sind übrigens noch heute gerade hier im Land Brandenburg recht gut zu beobachten. Auch die im DDR-Alltag gebräuchlichste Form der Überschreitung der Trennlinie zwischen Ohnmacht und Allmacht, die Eingabe, reproduzierte durch die Unkalkulierbarkeit ihres Erfolges die Distanz des Einzelnen zur Sphäre der eigentlichen Entscheidungen, auch wenn sie im Einzelfall Abhilfe schaffen konnte.

Werfen wir nun zum Schluß einen Blick auf Alltagserfahrungen jüngerer Generationen. Sie zu rekonstruieren ist schwieriger, denn junge Leute sind in der Regel nicht als Interviewpartner für zeithistorische Forschungen prädestiniert. Verschiedene Forschungsergebnisse vor allem der DDR-Jugendforschung und Reportagen, wie die 1984 im Westen veröffentlichten Tonbandprotokolle Gabriele Eckarts aus dem Werderschen Obstbaugebiet, legen jedoch im großen und ganzen nahe, daß es – wenn auch nur in Ansätzen – zu dem gekommen ist, was Lutz Niethammer 1988 noch rein deduktiv, aus den Befunden seiner Befragungen älterer DDR-Bürger heraus, unterstellen mußte: Die im durchaus widersprüchlichen Gemenge mit diesem Staat erlernten und erlebten Werte und Vorstellungen von einem „guten“ „ordentlichen“ Leben ließen sich nicht bruchlos an die jüngere Generation weitergeben. Was zuvor noch als „halbvoll“ gegolten hatte, galt nun zunehmend als „halb leer“: die Reisemöglichkeiten, die eben nur eingeschränkt bestanden, das Gemeinschaftsleben, das nun mal verordnet und überorganisiert war, das krampfhaftes Übertünchen der anhaltenden und sich vor allem im Lauf der 80er Jahre verschärfenden Versorgungs- und Umweltprobleme, die offenkundige Verlogenheit der offiziellen Rede. Selbst jener spezifische, von Herrschenden und Beherrschten weithin geteilte Alltags-Materialismus, in dem sich alles um Prämien und Versorgungsfragen drehte, schien seine Selbstverständlichkeit einzubüßen:

„Unser Staat versucht mit materiellen Mitteln zu erreichen, daß die Menschen für den Sozialismus sind. Und da streben sie nur danach, möglichst viel zu haben. Das ist für mich ein Fehler an unserem Staat. Und weil er diesen Fehler nicht zugibt, schafft er sich bei uns Minuspunkte.“ Mit diesen simplen Worten brachte eine 17-Jährige, Obstbaulehrling in Werder, den schleichenden moralischen Terrainverlust des DDR-Sozialismus auf den Punkt, im Jahre 1980 wohlgermerkt.

Natürlich ist diese in Ansätzen beobachtete innerliche Abwendung vom Realsozialismus der DDR bei ihren Jugendlichen auch Teil eines Reaktionsmechanismus, wie er immer wieder zwischen Generationen einer modernen Gesellschaft zu beobachten ist. In Absetzung zur Elterngeneration diese nicht selbstverständlichen Errungenschaften für selbstverständlich zu nehmen und Selbstverständliches infragezustellen, ist kein Spezifikum der letzten DDR-Jugendgenerationen. Im Hinblick auf das Ende der DDR sollte die Generationsspezifika von Alltagserfahrungen daher auch nicht überbewertet werden. Daß in der Wende vorzugsweise junge Leute „übermachten“, die mittlere und ältere Generation hingegen eher blieb, läßt für sich genommen noch nicht auf eine besonders intensive Abkehr vom Sozialismus in dieser Generation schließen, sondern dürfte mit der für diesen Lebensabschnitt charakteristischen höheren Mobilitätsbereitschaft zusammenhängen.

Eher ist davon auszugehen, daß die rasante Negativdynamik der letzten DDR-Jahre, das Tempo des Zusammenbruchs zeitgleich mit dem des Ostblocks, daß dies vorhandene Differenzen von Generationen in den Hintergrund drängte. Es wäre auch voreilig, die zunehmende Distanzierung Jugendlicher von der DDR, wie sie vor allem während der 80er Jahre beobachtet wurde, mit einer voraus-eilenden Option für den Westen und sein Wirtschaftssystem zu verwechseln. Der Zusammenbruch der DDR hat vielmehr Gemeinsamkeiten in den Vordergrund treten lassen. Dazu gehörte die Wunschvorstellung, Wohlstand und Freiheit des Westens mit Sicherheit und sozialer Nähe des Ostens zu verbinden, zugleich aber auch das gemeinsame Beschweigen der allgemeinen politischen Bedingungen, unter denen sich dieser Wunsch realisieren ließe. Der Preis der Freiheit war kein Thema. Über diese Wunschvorstellung des optimalen Ost-West-Mix unter Verweis auf die „harten“ Tatsachen hinwegzugehen, sich gewissermaßen mit deren historischer Widerlegung zu begnügen, hieße, sich der Zukunft zuzuwenden, ohne die Vergangenheit verstanden zu haben. Genau diese Gemengelage von Wunschvorstellungen und Schweigen über die politischen Bedingungen ihrer Realisierung sind selbst eine elementare „historische Tatsache“: Sie entspricht den Alltagserfahrungen der Meisten mit 'ihrer' DDR, im Guten wie im Schlechten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir danken Herrn Dr. Lindenberger und begrüßen erfreut den inzwischen eingetroffenen Professor Jacobsen. Ich habe die Freude, Herrn Andreas Ludwig, 1954 in Berlin geboren, vorzustellen. Er studierte dort Geschichte und verfertigte Arbeiten zur Stadt- und Alltagsgeschichte. Seit 1993 ist er Leiter der städtischen Museen in Eisenhüttenstadt und hat dort den Aufbau des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR in die Hand genommen. Auch deswegen ist er hier. Die Mitglieder der Enquete-Kommission, zumindest die, die gestern anwesend waren, haben ihn schon kennengelernt und hatten auch die Möglichkeit, das Museum zu sehen. Wir bitten Sie ums Wort.

Andreas Ludwig: Herzlichen Dank. Ich weiß, daß Sie alle jetzt hier schon sehr angestrengt sind durch die drei Beiträge. Ich möchte mich deswegen ver-